

ihrem Verfassungsgewissen und brachten durch dasselbe ihr Dienstidgewissen zum Schweigen. Aber was war die Folge dieser moralischen Großartigkeit? Der Ruin des Landes! Dieser Umstand weist für sich allein schon darauf hin, daß ihre Gewissenhaftigkeit auf falschen Ansichten beruhte und keine objective Geltung hat; denn aus einer Gewissenhaftigkeit, die nicht gemachter Art ist, kann nie ein großes Unglück entstehen.

Der Irrthum nun, den die kurhessischen Beamten begangen haben, besteht in der Ueberordnung des Verfassungseides über den Dienstid, während er ihm in der That nur nebengeordnet ist. Jeder Beamte hat eine doppelte Stellung in seinem dienstlichen Leben; er ist zunächst darauf angewiesen, Befehle von Obern auszuführen, und hierfür leistet er den Dienstid; er hat aber auch bei aller Gebundenheit an die Befehle seiner Obern immer auch einen mehr oder minder weiten selbstständigen Wirkungskreis und für diesen gilt sein Verfassungseid. Hätten die kurhessischen Beamten die Sache also aufgefaßt, so hätten sie ihrem Vaterlande ein großes Unglück erspart und obendrein die dem Hessenlande gewiß aufrichtig wohlwollende preuß. Regierung nicht in die Unannehmlichkeit versetzt, der Gestaltung des über dasselbe gekommenen Unglücks ruhig zusehen zu müssen. Die kurhessischen Beamten können wir mit ihrer an sich gewiß ehrenhaften Gesinnung entschuldigen, aber davon, daß sie durch ihre falsche Auffassung des Verfassungseides einzig und allein das Land unglücklich gemacht haben, können wir sie nicht frei sprechen. Wir können zu der Revolution auf Barricaden und zu der Revolution im Schlafrock und Pantoffeln noch eine dritte Revolution fügen, die Revolution des subjectiven Gewissens. Diese Revolution ist die allergefährlichste, weil sie Gott gegen sich selbst ins Feld führt. (G. G.)

Staats- und politische Nachrichten.

Ihre Maj. der König und die Königin haben ihre Residenz am 11. d. von Charlottenburg nach Berlin verlegt.

Binnen einigen Tagen reist Sr. k. H. der Prinz von Preußen nach Koblenz, um daselbst länger zu

verweilen. Man spricht von Zusammenziehung eines preuß. Truppencorps bei Koblenz und bei Wesel.

Die erste Kammer beschäftigt sich mit dem Justizorganisationsgesetz. In der zweiten Kammer wurde ein Antrag des Abgeordneten v. Vincke, eine Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes niederzusetzen, an die Abtheilungen verwiesen. In der nächsten Sitzung kommt ein Gesetzentwurf über die Einführung einer klassificirten Einkommensteuer zum Vortrage.

Der Abgeordnete Dr. Klee hat, von 23 Mitgliedern unterstützt, in der ersten Kammer folgenden Antrag gestellt: Die hohe Kammer wolle beschließen, an die königliche Staatsregierung den Antrag zu richten, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Uebernahme des Baues der Eisenbahn von Posen nach Breslau auf Kosten des Staates ausgesprochen und die unverzügliche Ausführung des Baues angeordnet wird.

Der ersten Kammer sind mehrere von der zweiten Kammer berathene Gesetzentwürfe überwiesen und zu demjenigen, welcher von der Verantwortlichkeit der Minister handelt, eine besondere Kommission niedergesetzt worden. Die zweite Kammer hat das Gesetz über die Klassen- und Einkommensteuer in Berathung.

In einer letztern Sitzung der zweiten Kammer gab der Minister der geistlichen Angelegenheiten Erklärungen über die Bedeutung des evangelischen Kirchenregiments und über die Berechtigung des Oberkirchenraths ab, wonach er anerkennt, daß die evangelische Kirche ihre Angelegenheiten ohne Einmischung der Regierung selbst leitet. Der Landesfürst ist als höchster Beschützer und Leiter der Kirchenverfassung zu betrachten. Da die evangelische Landeskirche Preußens in ihrer Consistorialverfassung bisher jederzeit ein bestimmt ausgebildetes Wesen gehabt hat, so ist auch der evangelische Oberkirchenrath als selbstständige evangelische Kirchenbehörde legitimirt. Wegen der beantragten Frage entschied die Kammer, mit einer Majorität von 209 gegen 69 Stimmen, zur Tagesordnung überzugehen.

Die Befürchtung wegen Einführung eines Tabaksmonopols, wie überhaupt eines Eingehens auf das österreichische Zollvereinsprojekt wird nunmehr